

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
I. Das Grundsatzurteil des BGH vom 24.1.2012	1
II. Der Gegenstand der Arbeit	2
B. Die Zwangseinziehung von Geschäftsanteilen	7
I. Allgemeines zur Zwangseinziehung	7
II. Die Voraussetzungen der Zwangseinziehung im Überblick	8
1. Die Notwendigkeit einer Satzungsgrundlage	8
2. Die möglichen Gründe der Zwangseinziehung	10
3. Das Erfordernis eines voll eingezahlten Geschäftsanteils	23
4. Kein Vorliegen eines anfänglichen Unvermögens der Gesellschaft zur Abfindungszahlung	24
III. Das Verfahren der Zwangseinziehung	28
1. Der Zwangseinziehungsbeschluss als Grundlage	28
2. Die Zwangseinziehungserklärung	36
3. Keine Zwangseinziehung kraft Satzung	38
IV. Die Rechtsfolgen der Zwangseinziehung	39
V. Der Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Zwangseinziehung	44
1. Die sofortige Wirksamkeit der Zwangseinziehung	44
2. Die Regelung des Wirksamkeitszeitpunktes in der Satzung	48
VI. Die Rechtsschutzmöglichkeiten des ausscheidenden Gesellschafters bei der Zwangseinziehung	48
1. Die Geltendmachung von Mängeln des Zwangseinziehungsbeschlusses	48
2. Sonstige Mängel der Zwangseinziehung	52
VII. Der Abfindungsanspruch des ausscheidenden Gesellschafters	52
1. Die Rechtsgrundlage des Abfindungsanspruchs und die GmbH als Verpflichtete des Abfindungsanspruchs	52
2. Die Höhe der Abfindung	57
3. Die Berechnung der Abfindung	58
4. Die Entstehung und die Fälligkeit des Abfindungsanspruchs	61
5. Die Durchsetzung des Abfindungsanspruchs	61
6. Die Zahlungssperre gemäß §§ 34 Abs. 3, 30 Abs. 1 GmbHG	63
7. Die Möglichkeiten zur Gestaltung der Abfindung in der Satzung	64
VIII. Die Sicherung der Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters durch die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	84

1.	Die Ungeeignetheit der Entrechtungslösung	84
2.	Die Schwierigkeiten beim Schutz des ausgeschiedenen Gesellschafters durch eine auflösende Bedingung	86
3.	Die Untauglichkeit des Schutzes des ausgeschiedenen Gesellschafters durch ein Auflösungsrecht	87
4.	Die Ungeeignetheit des Schutzes des Ausgeschiedenen durch einen Wiederaufnahmeanspruch	88
5.	Die Annahme der Unbeachtlichkeit der Zahlungssperre gegenüber dem Ausgeschiedenen als mit dem Gesetz unvereinbarer Schutz	89
6.	Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter gegenüber dem ausgeschiedenen Gesellschafter als geeigneter Schutz	90
IX.	Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	91
1.	§ 13 Abs. 2 GmbHG	91
2.	Die Begründung der Ausfallhaftung mit einer Leistungspflicht kraft Treuepflicht infolge des erlangten Vermögenszuwachses	92
3.	Die Haftung von allen verbleibenden Gesellschaftern	118
4.	Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter als eine anteilige Haftung	121
5.	Keine Haftung neu eintretender Gesellschafter	121
6.	Keine Erhöhung der Haftung der übrigen Gesellschafter bei Zahlungsunfähigkeit eines haftenden Gesellschafters	122
7.	Die Entstehung und Geltendmachung der Ausfallhaftung	124
8.	Die möglichen Maßnahmen zur Vermeidung der Ausfallhaftung	127
9.	Kein Entfallen der Ausfallhaftung bei einem nachträglichen Wegfall der Zahlungssperre	132
10.	Das Austrittsrecht des gegen die Einziehung stimmenden Gesellschafters im Falle der Unzumutbarkeit der Ausfallhaftung	134
11.	Der Rückgriffsanspruch der zahlenden Gesellschafter gegen die GmbH	137
12.	Keine Anwendung der Ausfallhaftung in der Insolvenz	140
13.	Die Zulässigkeit des Ausschlusses der Ausfallhaftung in der Satzung	141

14. Die Nichtigkeit des Einziehungsbeschlusses bei einem anfänglichen Unvermögen der GmbH zur Abfindungszahlung trotz Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	143
X. Die Geschäftsanteileinziehung und das Konvergenzgebot gemäß § 5 Abs. 3 S. 2 GmbHG	147
1. Keine Anwendung des Konvergenzgebots bei der Einziehung	147
2. Die Möglichkeiten zur Beseitigung eines Verstoßes gegen das Konvergenzgebot	152
XI. Zusammenfassung zur Zwangseinziehung	159
C. Die statutarische Abtretungsverpflichtung	165
I. Allgemeines zur statutarischen Abtretungsverpflichtung	165
II. Die Regelung der Abtretungsverpflichtung in der Satzung und die Voraussetzungen für einen Ausschluss aufgrund einer statutarischen Abtretungsverpflichtung	165
III. Das Verfahren zur Umsetzung der statutarischen Abtretungsverpflichtung	168
1. Der Beschluss über die Verpflichtung zur Anteilsabtretung	168
2. Die Umsetzung der Abtretungsverpflichtung durch einen Kauf- und Abtretungsvertrag	170
IV. Die Rechtsfolgen der statutarischen Abtretungsverpflichtung	171
V. Rechtsschutz des zur Abtretung verpflichteten Gesellschafters	172
VI. Der Anspruch des ausscheidenden Gesellschafters auf die Abfindung in der Form des Kaufpreises	172
VII. Keine Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter im Rahmen der statutarischen Abtretungsverpflichtung beim Erwerb des Geschäftsanteils durch einen Mitgesellschafter oder Dritten	174
VIII. Zusammenfassung zur statutarischen Abtretungsverpflichtung	175
D. Der Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsregelung	177
I. Allgemeines zum Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsgrundlage	177
II. Die Voraussetzungen des Ausschlusses aus wichtigem Grund ohne Satzungsgrundlage	178
1. Der wichtige Grund als Grundlage	178
2. Der Ausschluss aus wichtigem Grund als äußerstes Mittel	181

3.	Voll eingezahlter Geschäftsanteil des vom Ausschluss betroffenen Gesellschafters	184
4.	Kein anfängliches Unvermögen zur Abfindungszahlung	184
5.	Das Verfahren des Ausschlusses aus wichtigem Grund ohne Satzungsgrundlage	186
6.	Der Beschluss über die Erhebung der Ausschlussklage	186
7.	Die Ausschlussklage	192
III.	Die Rechtsfolgen des Ausschlussurteils	194
1.	Die Auswirkungen des Ausschlusses auf die Rechtsstellung und den Geschäftsanteil des auszuschließenden Gesellschafters	194
2.	Die Übertragung der Ausfallhaftungslösung auf den Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsregelung	196
3.	Die Verwertung des Geschäftsanteils des ausgeschlossenen Gesellschafters	200
IV.	Die Rechtsschutzmöglichkeiten des vom Ausschluss ohne Satzungsregelung betroffenen Gesellschafters	201
1.	Die Geltendmachung von Mängeln des Beschlusses über die Erhebung der Ausschlussklage	201
2.	Sonstige Mängel des Ausschlusses ohne Satzungsgrundlage	203
V.	Der Abfindungsanspruch des ausgeschlossenen Gesellschafters	203
1.	Die Modalitäten des Abfindungsanspruchs	203
2.	Die Berechnung der Abfindung	204
VI.	Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	206
VII.	Die Regelung des Rechtsinstituts des Ausschlusses in der Satzung	207
VIII.	Zusammenfassung zum Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsregelung	209
E.	Zusammenfassung	211

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
I. Das Grundsatzurteil des BGH vom 24.1.2012	1
II. Der Gegenstand der Arbeit	2
B. Die Zwangseinziehung von Geschäftsanteilen	7
I. Allgemeines zur Zwangseinziehung	7
II. Die Voraussetzungen der Zwangseinziehung im Überblick	8
1. Die Notwendigkeit einer Satzungsgrundlage	8
2. Die möglichen Gründe der Zwangseinziehung	10
a) <i>Der wichtige Grund als Generalklausel</i>	11
b) <i>Sonstige sachliche Zwangseinziehungegründe</i>	14
aa) Die Pfändung des Geschäftsanteils	15
bb) Weitere Gründe	16
cc) Die Erhebung der Auflösungsklage	18
c) <i>Die grundsätzliche Unzulässigkeit einer zwangsweisen Einziehung ohne sachlichen Grund</i>	19
d) <i>Zusammenfassung</i>	22
3. Das Erfordernis eines voll eingezahlten Geschäftsanteils	23
4. Kein Vorliegen eines anfänglichen Unvermögens der Gesellschaft zur Abfindungszahlung	24
III. Das Verfahren der Zwangseinziehung	28
1. Der Zwangseinziehungsbeschluss als Grundlage	28
a) <i>Die Zuständigkeit für diesen Beschluss</i>	28
b) <i>Der Inhalt des Zwangseinziehungsbeschlusses</i>	30
c) <i>Die Beschlussfassung</i>	31
d) <i>Das Teilnahmerecht des betroffenen Gesellschafters an der beschlussfassenden Gesellschafterversammlung</i>	34
e) <i>Die Formfreiheit des Zwangseinziehungsbeschlusses</i>	34
f) <i>Die zeitlichen Grenzen der Ausübung der Zwangseinziehung</i>	35
2. Die Zwangseinziehungserklärung	36
3. Keine Zwangseinziehung kraft Satzung	38
IV. Die Rechtsfolgen der Zwangseinziehung	39
V. Der Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Zwangseinziehung	44
1. Die sofortige Wirksamkeit der Zwangseinziehung	44
2. Die Regelung des Wirksamkeitszeitpunktes in der Satzung	48
VI. Die Rechtsschutzmöglichkeiten des ausscheidenden Gesellschafters bei der Zwangseinziehung	48

1.	Die Geltendmachung von Mängeln des Zwangseinziehungsbeschlusses	48
a)	<i>Der nichtige oder anfechtbare Zwangseinziehungsbeschluss</i>	49
b)	<i>Der Vollzug eines mangelhaften Einziehungsbeschlusses</i>	51
2.	Sonstige Mängel der Zwangseinziehung	52
VII.	Der Abfindungsanspruch des ausscheidenden Gesellschafters	52
1.	Die Rechtsgrundlage des Abfindungsanspruchs und die GmbH als Verpflichtete des Abfindungsanspruchs	52
a)	<i>Der Abfindungsanspruch als allgemeiner Rechtsgrundsatz</i>	53
b)	<i>Die Herleitung des Abfindungsanspruchs durch eine ergänzende Satzungsauslegung</i>	54
c)	<i>Der Abfindungsanspruch als Gewohnheitsrecht</i>	55
d)	<i>Die Herleitung des Abfindungsanspruchs aus einer Analogie zu § 738 Abs. 1 S. 2 BGB</i>	56
e)	<i>Zusammenfassung</i>	57
2.	Die Höhe der Abfindung	57
3.	Die Berechnung der Abfindung	58
a)	<i>Der Bewertungstittag und die Bewertungsmethoden</i>	58
b)	<i>Der Liquidationswert als Untergrenze des Unternehmenswerts im Falle der tatsächlichen Liquidation der Gesellschaft</i>	59
4.	Die Entstehung und die Fälligkeit des Abfindungsanspruchs	61
5.	Die Durchsetzung des Abfindungsanspruchs	61
6.	Die Zahlungssperre gemäß §§ 34 Abs. 3, 30 Abs. 1 GmbHG	63
7.	Die Möglichkeiten zur Gestaltung der Abfindung	
	in der Satzung	64
a)	<i>Allgemeines zur Gestaltung der Abfindung in der Satzung</i>	64
b)	<i>Die Grenzen der Gestaltungsmöglichkeiten</i>	65
aa)	Der Schutz des ausscheidenden Gesellschafters	65
(1)	<i>Die Grenze der Sittenwidrigkeit</i>	65
(2)	<i>Die Grenze des Wuchers</i>	67
(3)	<i>Die Grenze des gesellschaftsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes</i>	67
bb)	Der Schutz der Gesellschaftergläubiger	68
c)	<i>Die Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die inhaltlichen Grenzen</i>	69
d)	<i>Die mögliche Heilung einer nichtigen Abfindungsregelung</i>	71
e)	<i>Die nachträgliche Unangemessenheit einer Abfindungsregelung</i>	73

aa)	Keine Anpassung im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung	74
bb)	Keine Anpassung anhand der Grundsätze der Störung der Geschäftsgrundlage	75
cc)	Die Anpassung der Abfindungsregelung mithilfe einer Ausübungskontrolle gemäß § 242 BGB	76
f)	<i>Einzelne Abfindungsregelungen im Überblick</i>	77
aa)	Die Abfindungsausschlussklausel	77
bb)	Die Nennwertklausel	80
cc)	Die Buchwertklausel	81
dd)	Die Substanzwertklausel	81
ee)	Die Ertragswertklausel	82
ff)	Die Fälligkeitsklausel	83
VIII.	Die Sicherung der Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters durch die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	84
1.	Die Ungeeignetheit der Entziehungslösung	84
2.	Die Schwierigkeiten beim Schutz des ausgeschiedenen Gesellschafters durch eine auflösende Bedingung	86
3.	Die Utauglichkeit des Schutzes des ausgeschiedenen Gesellschafters durch ein Auflösungsrecht	87
4.	Die Ungeeignetheit des Schutzes des Ausgeschiedenen durch einen Wiederaufnahmeanspruch	88
5.	Die Annahme der Unbeachtlichkeit der Zahlungssperre gegenüber dem Ausgeschiedenen als mit dem Gesetz unvereinbarer Schutz	89
6.	Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter gegenüber dem ausgeschiedenen Gesellschafter als geeigneter Schutz	90
IX.	Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	91
1.	§ 13 Abs. 2 GmbHG	91
2.	Die Begründung der Ausfallhaftung mit einer Leistungspflicht kraft Treuepflicht infolge des erlangten Vermögenszuwachses	92
a)	<i>Die Ausfallhaftung als Rechtsfortbildung</i>	93
b)	<i>Keine Herleitung der Ausfallhaftung durch Auslegung der Satzung</i>	95
c)	<i>Keine überzeugende Herleitung der Ausfallhaftung aus dem personengesellschaftlichen Anwachsungsprinzip</i>	95

d) Keine Begründung der Ausfallhaftung durch einen Anspruch aufgrund einer Verletzung der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht	99
e) Keine überzeugende Begründung der Ausfallhaftung mit der Annahme einer Durchgriffshaftung wegen Rechtsformmissbrauchs	103
f) Keine Begründung der Ausfallhaftung durch einen bereicherungsrechtlichen Anspruch	105
g) Fehlende Überzeugungskraft des Konzepts der treuepflichtbasierten Leistungspflicht als Absicherung gegen Opportunismusgefahren	109
h) Leistungspflicht aus Treuepflicht infolge der Erhöhung der Beteiligungsquoten	111
i) Zusammenfassung	117
3. Die Haftung von allen verbleibenden Gesellschaftern	118
4. Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter als eine anteilige Haftung	121
5. Keine Haftung neu eintretender Gesellschafter	121
6. Keine Erhöhung der Haftung der übrigen Gesellschafter bei Zahlungsunfähigkeit eines haftenden Gesellschafter	122
7. Die Entstehung und Geltendmachung der Ausfallhaftung	124
8. Die möglichen Maßnahmen zur Vermeidung der Ausfallhaftung	127
a) Die Beseitigung der Unterbilanz	127
aa) Die Auflösung stiller Reserven	127
bb) Die Beseitigung der Unterbilanz durch eine Kapitalherabsetzung	128
b) Die Auflösung der Gesellschaft	130
9. Kein Entfallen der Ausfallhaftung bei einem nachträglichen Wegfall der Zahlungssperre	132
10. Das Austrittsrecht des gegen die Einziehung stimmenden Gesellschafters im Falle der Unzumutbarkeit der Ausfallhaftung	134
11. Der Rückgriffsanspruch der zahlenden Gesellschafter gegen die GmbH	137
12. Keine Anwendung der Ausfallhaftung in der Insolvenz	140
13. Die Zulässigkeit des Ausschlusses der Ausfallhaftung in der Satzung	141

14. Die Nichtigkeit des Einziehungsbeschlusses bei einem anfänglichen Unvermögen der GmbH zur Abfindungszahlung trotz Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	143
X. Die Geschäftsanteileinziehung und das Konvergenzgebot gemäß § 5 Abs. 3 S. 2 GmbHG	147
1. Keine Anwendung des Konvergenzgebots bei der Einziehung	147
2. Die Möglichkeiten zur Beseitigung eines Verstoßes gegen das Konvergenzgebot	152
a) <i>Die Beseitigung des Verstoßes durch eine Kapitalherabsetzung</i>	152
b) <i>Die Aufstockung der verbleibenden Geschäftsanteile</i>	153
aa) Die Möglichkeit einer nominellen Aufstockung	153
bb) Die Unzulässigkeit einer disquotale Aufstockung	155
c) <i>Die Bildung eines neuen Geschäftsanteils</i>	157
XI. Zusammenfassung zur Zwangseinziehung	159
C. Die statutarische Abtretungsverpflichtung	165
I. Allgemeines zur statutarischen Abtretungsverpflichtung	165
II. Die Regelung der Abtretungsverpflichtung in der Satzung und die Voraussetzungen für einen Ausschluss aufgrund einer statutarischen Abtretungsverpflichtung	165
III. Das Verfahren zur Umsetzung der statutarischen Abtretungsverpflichtung	168
1. Der Beschluss über die Verpflichtung zur Anteilsabtretung	168
a) <i>Die Modalitäten des Beschlusses</i>	168
b) <i>Die Mitteilung des Beschlusses an den betroffenen Gesellschafter</i>	169
2. Die Umsetzung der Abtretungsverpflichtung durch einen Kauf- und Abtretungsvertrag	170
IV. Die Rechtsfolgen der statutarischen Abtretungsverpflichtung	171
V. Rechtsschutz des zur Abtretung verpflichteten Gesellschafters	172
VI. Der Anspruch des ausscheidenden Gesellschafters auf die Abfindung in der Form des Kaufpreises	172
VII. Keine Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter im Rahmen der statutarischen Abtretungsverpflichtung beim Erwerb des Geschäftsanteils durch einen Mitgesellschafter oder Dritten	174
VIII. Zusammenfassung zur statutarischen Abtretungsverpflichtung	175

D. Der Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsregelung	177
I. Allgemeines zum Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsgrundlage	177
II. Die Voraussetzungen des Ausschlusses aus wichtigem Grund ohne Satzungsgrundlage	178
1. Der wichtige Grund als Grundlage	178
2. Der Ausschluss aus wichtigem Grund als äußerstes Mittel	181
3. Voll eingezahlter Geschäftsanteil des vom Ausschluss betroffenen Gesellschafters	184
4. Kein anfängliches Unvermögen zur Abfindungszahlung	184
5. Das Verfahren des Ausschlusses aus wichtigem Grund ohne Satzungsgrundlage	186
6. Der Beschluss über die Erhebung der Ausschlussklage	186
a) <i>Der Gesellschafterbeschluss über die Klageerhebung als notwendige Voraussetzung für die Ausschlussklage</i>	186
b) <i>Der Inhalt des Beschlusses über die Erhebung der Ausschlussklage</i>	187
c) <i>Die Beschlussfassung</i>	187
aa) Das Erfordernis einer Dreiviertelmehrheit	187
bb) Kein Stimmrecht des auszuschließenden Gesellschafters	190
d) <i>Das Teilnahmerecht des auszuschließenden Gesellschafters an der beschlussfassenden Gesellschafterversammlung</i>	190
e) <i>Die Formfreiheit des Beschlusses</i>	191
f) <i>Keine Notwendigkeit eines Beschlusses über die Erhebung der Ausschlussklage in der Zweipersonengesellschaft</i>	191
7. Die Ausschlussklage	192
a) <i>Die Erhebung der Ausschlussklage durch die Gesellschaft</i>	192
b) <i>Die Erhebung der Ausschlussklage in der Zweipersonengesellschaft</i>	193
III. Die Rechtsfolgen des Ausschlussurteils	194
1. Die Auswirkungen des Ausschlusses auf die Rechtsstellung und den Geschäftsanteil des auszuschließenden Gesellschafters	194
2. Die Übertragung der Ausfallhaftungslösung auf den Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsregelung	196
3. Die Verwertung des Geschäftsanteils des ausgeschlossenen Gesellschafters	200

IV.	Die Rechtsschutzmöglichkeiten des vom Ausschluss ohne Satzungsregelung betroffenen Gesellschafters	201
1.	Die Geltendmachung von Mängeln des Beschlusses über die Erhebung der Ausschlussklage	201
2.	Sonstige Mängel des Ausschlusses ohne Satzunggrundlage	203
V.	Der Abfindungsanspruch des ausgeschlossenen Gesellschafters	203
1.	Die Modalitäten des Abfindungsanspruchs	203
2.	Die Berechnung der Abfindung	204
VI.	Die Ausfallhaftung der verbleibenden Gesellschafter	206
VII.	Die Regelung des Rechtsinstituts des Ausschlusses in der Satzung	207
VIII.	Zusammenfassung zum Ausschluss aus wichtigem Grund ohne Satzungsregelung	209
E.	Zusammenfassung	211